

KOMPAKT

George Tabori

THEATER Am Samstag, den 1. Februar, um 19.30 Uhr wird im Münchner Volkstheater wieder einmal das Theaterstück *Mein Kampf* von George Tabori aufgeführt. Es erzählt von der fiktiven Begegnung des jungen Adolf Hitler mit dem Buchhändler Schlomo Herzl in einem Männerwohnheim in Wien. Karten für diese Groteske, die für den britischen Bühnenautor, Dramatiker und Regisseur Tabori die einzig mögliche Form der Annäherung an die NS-Zeit war, sind erhältlich am Veranstaltungsort in der Briener Straße 50 (Telefon: 089/523 4655). *ikg*

Kindheit

SPIELFILM Der gebürtige Wiener André Heller ist ein Multi-Talent und Visionär, Erfinder magischer Momente, Dichter und Schriftsteller. Eine Erzählung über seine Kindheit im Wien der 50er-Jahre und die Nachwehen der Zerstörung des jüdischen Großbürgertums, erschienen im S. Fischer Verlag, trägt den Titel *Wie ich lernte, bei mir selbst Kind zu sein*. Der Regisseur Rupert Henning hat daraus einen außergewöhnlichen Spielfilm entwickelt, mit Schauspielern wie Karl Markovics, Sabine Timoteo und Udo Samel. Die Geschichte von Paul Silberstein (Valentin Hagg), Spross einer Wiener Zuckerbäckerdynastie, wird im Rahmen der 11. Jüdischen Filmtage am Sonntag, den 2. Februar, um 17 Uhr im Jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz gezeigt. Eine Anmeldung ist gewünscht, entweder telefonisch unter 089/2024 00-491 oder per E-Mail unter karten@ikg-m.de. *ikg*

Überleben

PORTRÄT Im Jahr 2013 erhielt der israelische Historiker Otto Dov Kulka den Geschwister-Scholl-Preis. Damals erschien auch sein Buch *Landschaften der Metropole des Todes. Auschwitz und die Grenzen der Erinnerung und der Vorstellungskraft*. 2018 drehte der Autor und Regisseur Stefan Auch den Dokumentarfilm *Die vorletzte Freiheit – Landschaften des Otto Dov Kulka*. Das poetische Porträt über einen Mann, der mit neun Jahren nach Theresienstadt und ein Jahr später nach Auschwitz kam, wird am Donnerstag, 6. Februar, 19 Uhr, im Jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz gezeigt. Danach berichtet Auch über seine Begegnungen mit dem heute 87-jährigen. Es wird um telefonische Anmeldung gebeten unter 089/2024 00-491 oder per E-Mail unter karten@ikg-m.de. *ikg*

Potpourri

MUSIK-NACHT »Die lange Nacht der jüdischen Musik 2020« findet am Samstag, 8. Februar, ab 19.30 Uhr im Janusz Korczak Haus, Sonnenstraße 8, statt. Zur musikalischen Entdeckungsreise gehört dieses Mal ein Abstecher in die facettenreiche Welt israelisch-jüdischer Musik. Geboten werden Vorträge, musikalische Audio- und Videoeinlagen und Live-Darbietungen von Kindermelodien und Kibbuzliedern über Klassik und synagogale Einflüsse bis hin zur Pop-Musik. Dabei sein werden auch Mitwirkende des Projekts »Youthbridge München«. Wegen der begrenzten Platzzahl ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Tickets sind zu bestellen unter anmeldung@ejka.org oder per Telefon unter 089/3794 6640. Die Bestellung wird erst nach schriftlicher Bestätigung des Veranstalters wirksam. *ikg*

Gedächtnis

JUBILÄUM Aus Anlass des 100. Geburtstags von Max Mannheimer sel. A. (1920–2016) lädt die KZ-Gedenkstätte Dachau am Donnerstag, den 6. Februar, um 19 Uhr zu einem Gespräch mit dessen Sohn Ernst ein. Es moderiert die Leiterin der KZ-Gedenkstätte, Gabriele Hammermann. Der Eintritt im Besucherzentrum der KZ-Gedenkstätte Dachau, Pater-Roth-Straße 2a, ist frei. Weitere Informationen unter www.kz-gedenkstaette-dachau.de. *ikg*



Solidarität: Die Kundgebung am Jakobsplatz war als Gegendemo zu einer Pegida-Veranstaltung geplant; Charlotte Knobloch mit Markus Söder (M.)

Fotos: Herbert Wirtz, Marina Maisel

Gemeinsam für Toleranz

DEMO Rund 1500 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses »München ist bunt«

VON HELMUT REISTER

Es war ein überwältigendes Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus, das die Münchner Zivilgesellschaft am vergangenen Freitag auf dem Jakobsplatz vor der Synagoge und dem Gemeindezentrum der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) setzte. Rund 1500 Menschen waren dem Aufruf des Bündnisses »München ist bunt« gefolgt, gegen eine geplante Pegida-Veranstaltung am Nachmittag zu demonstrieren.

Charlotte Knobloch, die Präsidentin der IKG, zeigte sich beim Blick auf die Menschenmenge sichtlich bewegt und sprach von einem Aufschrei der Gesellschaft. »Mit Ihrer Anwesenheit heute«, sagte sie, »machen Sie eines ganz klar: Juden Hass hat in unserer Stadt keinen Platz. München ist bunt. Und München schätzt und schützt sein jüdisches Leben, seine jüdische Gemeinschaft und seine jüdischen Menschen.«

MITEINANDER Knobloch sprach dem Bündnis ihren besonderen Dank aus, auch im Namen aller Juden in der Landeshauptstadt. »München ist bunt« habe mit der Demonstration ein wichtiges Zeichen

gegen Juden Hass gesetzt und deutlich gemacht, dass es viele laute Stimmen gebe, die sich gegen Extremismus und für ein Miteinander in Toleranz einsetzten.

Der eigentliche Anlass für die Kundgebung hatte sich bereits kurz vor Beginn erledigt.

Der eigentliche Anlass für die Demonstration hatte sich bereits kurz vor Beginn der Kundgebung erledigt. Heinz Meyer, Münchner Pegida-Chef und von den Sicherheitsbehörden als rechtsextremes Gefährder eingestuft, hatte vor der Hauptsynagoge eine Kundgebung mit dem Titel »Beschneidung von Säuglingen und Kindern verboten« geplant, sie aber offenbar unter dem Eindruck des erkennbaren Widerstands kurzfristig abgesagt.

Charlotte Knobloch zeigte sich unmittelbar nach Bekanntwerden zwar erleichtert über die Absage, brachte aber auch ihre Sorge zum Ausdruck: »Der Gedanke, dass mitten in unserer Stadt in dieser Art und

Weise gegen jüdische Menschen und die jüdische Religion gehetzt werden sollte, ist und bleibt unerträglich.«

Micky Wennatz, die Vorsitzende des Vereins »München ist bunt«, wies angesichts der vielen Demonstranten, die trotz der Absage der Pegida-Kundgebung gekommen waren, darauf hin, dass es den Münchnern nicht nur darum gehe, gegen Pegida zu demonstrieren. »Es geht auch darum, in Schulterschluss zu gehen gegen alle, die meinen, den Antisemitismus wieder nach vorne treiben zu müssen, die meinen, gegen Menschen hetzen zu müssen, und die meinen, Menschen diskriminieren, einsperren und töten zu müssen«, erklärte sie.

GESETZ Nach der Absage der Pegida-Kundgebung brachte Charlotte Knobloch ihr Befremden darüber zum Ausdruck, dass die Kundgebung nur dank der Initiative des Veranstalters und nicht aufgrund des Einschreitens der Behörden abgesagt worden war. »Wenn Juden Hass so offen verbreitet werden kann, noch dazu in Sichtweite einer Synagoge und zu Beginn des Schabbats, dann zeigt das für mich, dass mit unseren Gesetzen und ihrer Auslegung etwas im Argen liegt. Pegida München ist eine offen antisemitische Gruppierung, die

die Erlaubnis bekam, drei Tage vor dem Internationalen Holocaust-Gedenktag in unmittelbarer Nähe des jüdischen Zentrums gegen einen Grundpfeiler des jüdischen Glaubens zu demonstrieren«, kritisierte sie die zuvor erteilte Genehmigung.

GESELLSCHAFT Die Zunahme des Antisemitismus war auch Thema eines Gesprächs zwischen Charlotte Knobloch und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Gemeindezentrum, das vom Bayerischen Fernsehen aufgezeichnet wurde. Die IKG-Präsidentin, die sowohl die Nazizeit als Kind erlebt hat als auch die späte Rückkehr der jüdischen Gemeinde ins Zentrum der Stadt, sprach darin von einer beängstigenden Entwicklung, die die Mitte der Gesellschaft erreicht hat. »Ich weiß, was an den Stammtischen über Juden wieder erzählt wird«, sagte sie.

Ministerpräsident Söder, der im vergangenen Jahr seine Verbundenheit mit der IKG durch einen Besuch der Synagoge am Jakobsplatz unterstrichen hatte, zeigte sich in dem Gespräch vor allem über die antisemitischen Ausfälle und den damit verbundenen Hass in den sozialen Medien besorgt und kündigte eine härtere Gangart des Gesetzgebers an.

»Den Worten müssen Taten folgen«

MAHNUNG IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch fordert, die gesellschaftliche und politische Verrohung zu stoppen

Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie Beauftragte für Holocaust-Gedenken des Jüdischen Weltkongresses, hat am Montag in Oswiecim an der offiziellen Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau teilgenommen.

Gemeinsam mit rund 200 Schoa-Überlebenden, offiziellen Delegationen aus mehr als 50 Ländern sowie hochrangigen Vertretern internationaler Organisationen gedachte sie der sechs Millionen von den Nazis ermordeten Juden. Aus Deutschland war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier angereist, auch Israels Präsident Reuven Rivlin nahm an der zentralen Veranstaltung in Polen teil.

Unter dem Eindruck der Feierlichkeiten und angesichts des wiederaufflammenden Juden Hasses in Europa und beson-

ders auch in Deutschland äußerte sich Knobloch, die den Holocaust als Kind im Versteck überlebt hat, besorgt: »Fast ein



Charlotte Knobloch

Foto: Marina Maisel

ganzes Menschenleben nach der Befreiung von Auschwitz bedroht das Vergessen uns heute wie nie zuvor. Die Erinnerung an die NS-Zeit verblasst immer mehr, Orte wie Auschwitz werden zu schrecklichen Fußnoten der Geschichte«, beschrieb sie die aktuelle Situation. Dies sei ein beunruhigender Trend.

Primo Levis Aussage, wonach diejenigen, die Auschwitz abstreiten, es am liebsten wiederholen würden, trifft nach Wahrnehmung Knoblochs noch immer zu. Der Schutz jüdischen Lebens bleibe untrennbar mit dem Gedenken an den Holocaust verbunden, sagte die IKG-Präsidentin. Es sei ein Alarmzeichen für das gesamte demokratische Gemeinwesen, wenn eine Kippa, ein Davidsternanhänger oder ein Buch mit hebräischem Titel in der Öffentlichkeit für jüdische Menschen ein Sicherheitsrisiko darstelle.

»Vorurteile, Ausgrenzung, Beleidigung und Hass im Alltag wie im Internet legen sich längst wie ein Schleier über das Leben vieler Mitglieder jüdischer Gemeinden. Das ist auf Dauer nicht haltbar, wenn die jüdische Gemeinschaft in unserem Land weiter bestehen soll«, sagte die IKG-Präsidentin.

Die Zeit nach 1933 habe deutlich gemacht, wie schnell eine Republik in die »furchtbarste Diktatur der Menschheitsgeschichte« abgleiten kann. Die Demokratien, die nach 1945 auf dem Grundsatz des »Nie wieder« errichtet wurden, stünden heute vor der Bewährungsprobe, die gesellschaftliche und politische Verrohung zu stoppen. »Den großen Worten rund um die Gedenktage müssen Taten folgen«, sagte Knobloch. »Juden Hass, ganz gleich, ob im Parlament oder auf der Straße, darf nicht zum Normalzustand werden.« *hr*